Protokoll

40. Sitzung vom 24. März 2014
str
Seite 931

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 24. März 2014, 19.00 Uhr – 20.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Stadtschreiber, Esther Ramirez, Ratssekretärin sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Marc Lütolf (private Verpflichtung), Heinz Wiher (berufliche Verpflichtung) Simona Truttmann (private Verpflichtung)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 16. Dezember 2013
3. Motion der SVP-Fraktion, vom 2. Februar 2014, betreffend Bau von Photovoltaikanlagen der Stadt Wädenswil zur Einspeisung ins Stromnetz; Begründung Motionäre
4. Postulat der SVP-Fraktion, vom 10. Februar 2014, betreffend Anpassung der subventionsberechtigten Einkommenslimiten beim Schülerclub; Begründung
5. Interpellation von Albert A. Stahel, SD, vom 14. August 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend bürgerfreundliche Kommunikation vom Stadtrat und Behörden; Beantwortung
6. Interpellation der GP-Fraktion, vom 5. März 2014, betreffend Umnutzung des Aucenter-Areals; Begründung
7. Einbürgerungen:
   - NGUYEN PHUC Dan Thanh, vietnamesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Glärnischstrasse 8
   - KRIVAÇA geb. Fetinci, Luljeta, mit ihrem Ehemann Agron, und den Kindern Art und Tara, kosovarischen Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Holzmoosrütistrasse 14
   - MONTUORI Domenico, mit seiner Ehefrau Donatella, geb. Martorelli, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Stoffelweg 8
   - ROŠKOVIC Slavoljub, mit seiner Ehefrau Lela, geb. Martinovic und den Kindern Dijana und Melinda, serbische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Holzmoosrütistrasse 44

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer** gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmenzähler Heinz Wiher muss ein Tagesstimmenzähler gewählt werden. Das Büro schlägt Hanspeter Andreoli vor. Der Vorschlag wird nicht erweitert.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer erklärt, dass der Rat vor sich die Einladung zur diesjährigen Wahlfeier von Hansjörg Schmid sowie den Tätigkeitsbericht der Stiftung grow finden werde.

1. Mitteilungen

Gemeindepräsidentin Astrid Furrer erklärt, dass sich das Büro betreffend den Rückweisungsanträgen der letzten Sitzung beraten habe. Es sei auch für sie etwas unbefriedigend gewesen, dass diese Diskussionen entstanden seien, vor allem da sie es auch so empfinde, als dass man vor der Rückweisung doch noch die Argumente anhören müsse. Esther Ramirez habe sich bei einschlägigen Quellen erkundigt, nämlich in der Thalmann-Bibel, welche sich über das Züricherische Gemeindegesetzt äussere. Herr Thalmann schreibe, dass ein Rückweisungsantrag nicht wie ein normaler Antrag anzuschauen sei, wie es in Wädenswil im Gemeindereglement erfasst sei, sondern dass es eine spezielle Antragstellung sei und daher nicht zwingend direkt nach Antragstellung abgestimmt werden müsse. Daher werde die Handhabung in Zukunft so sein, dass man bei einem Rückweisungsantrag vor der Beschlussfassung noch darüber diskutieren werde.

1.1 Eingänge

- Schriftliche Anfrage der SP-Fraktion, vom 19. März 2014, betreffend Steuermoral in Wädenswil
- Bericht zum Postulat von Ivo Peyer und Hanspeter Andreoli, BFPW, vom 9. November 2010, überwiesen am 29. November 2010, Fristverlängerung bis 17. Januar 2012, Beantwortung am 14. Januar 2013, Aufrechterhaltung am 25. März 2013, Fristverlängerung bis 25. März 2014 betreffend energetischer Sanierung/Renovation der städtischen Liegenschaften
- GR-Protokoll der Sitzung vom 10. Februar 2014
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion, vom 3. Juni 2013, überwiesen am 8. Juli 2013, betreffend Überprüfung der Besoldungsstruktur für die Stadtpolizei Wädenswil
- Interpellation der SVP-/BFPW-Fraktion, vom 14. März 2014, betreffend Prüfung von alternativen Finanzierungsformen
- Einladung zur GR-Sitzung vom 24. März 2014
- Interpellation der GP-Fraktion, vom 5. März 2014, betreffend Umnutzung des Aucenter-Areals
- GR-Protokoll der Sitzung vom 16. Dezember 2014
- Echo
- Beantwortung der Interpellation von Albert A. Stahel, SD, vom 14. August 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend bürgerfreundliche Kommunikation vom Stadtrat und Behörden
- GR-Beschluss zur Sitzung vom 10. Februar 2014

- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion und der SVP/BFPW-Fraktion, vom 30. November 2013, betreffend Mitarbeiterbefragung und -qualifikation/Fluktuation
- Postulat der SVP-Fraktion, vom 10. Februar 2014, betreffend Anpassung der subventionsberechtigten Einkommenslimiten beim Schülerclub

1.2 Überweisungen

Die Weisung 35, vom 27. Januar 2014, betreffend Kauf Baugrundstück Kat. Nr. 12894 (Industriezone A), Rütihof wurde durch das Büro an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zur Vorberatung überwiesen.

2. Protokollabnahmen

Das Protokoll der Sitzung vom 16. Dezember 2013 wird genehmigt.

08.03.20

3. Motion der SVP-Fraktion, vom 2. Februar 2014, betreffend Bau von Photovoltaikanlagen der Stadt Wädenswil zur Einspeisung ins Stromnetz; Begründung Motionäre

Adrian Stocker, SVP, teilt mit, dass er mit seiner Motion nicht das Pro oder Kontra der Sonnenenergienutzung diskutieren wolle. Denn dort wo eine Photovoltaikanlage wirtschaftlich betrieben werden könnte sei es in Ordnung, dort wo es nicht möglich sei, sollte man es aber lassen. Was aber wirtschaftlich sei und was nicht, sei ein heisses Eisen.

Es hänge nicht nur von der KEV (Kostendeckende Einspeisungsvergütung) ab, sondern auch von verschiedenen Faktoren, wie zum Beispiel Dach-Arten, Neigung, Ausrichtung, Beschattung, Nebel, Schnee, technischen Fortschritten, dem Zinssatz für das Kapital und Kosten für den Anschluss.

Da ein grösseres Dach mit Solarzellen zu bedecken sehr viel koste, könne solch eine Investition schnell CHF 1 Mio. betragen und da Wädenswil mehrere solche potenziellen Dächer habe, seien diese Investitionskosten nicht zu vernachlässigen. Wie man dem letzten FEP entnehmen konnte, habe man mittelfristig einen relativ grossen Investitionsbedarf. Mittelfristig werde kein Eigenkapital sondern eine Nettoschuld resultieren. Also müsse die Photovoltaikanlage aus Fremdkapital finanziert werden. Jedoch wisse niemand, wie hoch der Zinssatz in Zukunft sei, klar sei, tiefer als jetzt werde er kaum sein. Abgesehen davon habe man in Wädenswil in vergangener Zeit nicht immer gute Erfahrungen mit solchen Kapitalbeschaffungen gemacht. Verfüge man hingegen über das Kapital sei die Investition in eine Photovoltaikanlage sicher nicht das Schlechteste. Jedoch müssten die anderen Voraussetzungen ebenfalls stimmen. Es sei auf jeden Fall besser, als in griechische Staatsanleihe zu investieren.

Wenn man diese Risiken alle auf ein Mal ausschalten könne, in dem man das Dach vermiete und vielleicht nicht eine maximale Rendite, dafür aber eine sichere hätte, so wäre dies ein typisch schweizerischer Kompromiss und für die Stadt sicher gar keine schlechte Sache. Es

hätte eher mit der “Bauernschläue“ zu tun, denn die meisten Bauern, die eine solche Anlage auf dem Dach besässen, hätten diese auch vermietet. Die technischen schwierigen Fragen könnten die Experten der Dachmieter abklären, sie könnten schnell handeln und auf technische Neuerungen während der Planungsphase schnell reagieren. Nicht wie in der Gemeinde wo Entscheide manchmal über Monate oder sogar Jahre gehen und man danach nichts mehr ändern könne.

Er zitiere aus Medienmitteilungen der EKZ vom 10. Februar 2014:
„Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) mieten grosse Dächer, um darauf eigene Photovoltaikanlagen zu bauen. Das Geschäftsmodell der EKZ mit den Dachmieten bewährt sich. Sie hätten in dem vergangenen Jahr 15 neue Anlagen mit insgesamt 7‘500 Solarpanels auf gemieteten Dächern von Gemeinden, Bauernhöfen und Industriekonzernen montiert. Damit konnte die Produktion von Solarstrom innerhalb eines Jahres verdoppelt werden. Inzwischen ist das Geschäftsmodell der EKZ weitherum bekannt und immer mehr Firmen bieten den EKZ ihr Dach für den Bau einer Solaranlage an. Geeignete Dachflächen müssen genügend gross sein, damit der Solarstrom effizient und damit kostengünstig produziert werden kann.“

Auch Photovoltaikpanels zur Betreibung kleiner Geräte, Lampen und dergleichen die kein Strom ins Netz speisen, könnten weiterhin an Orten wo es Sinn mache angeschafft und installiert werden. Für die, die sich gerne Labels und Plakate der Energiestadt Gold auf die Westen klebten, seien vermietete Dächer genau so gut wie andere.
Fazit:
- Mit der Vermietung der Dächer zur Stromproduktion könne das Risiko für Wädenswil minimiert werden.
- Die besten Dächer könne man rasch mit einer Photovoltaikanlage ausstatten.
- Bei der Fremdkapitalaufnahme müsste kein unnötiges Risiko eingegangen werden und somit könnte man sich auf die Dinge konzentrieren, die für eine Gemeinde Vorrang haben müssten.
- Eventuell könnte sogar früher mehr Solarstrom produziert werden als bei einer eigenen Investition.

Die Motion geht zur Erklärung an den Stadtrat.

13.08

4. Postulat der SVP-Fraktion, vom 10. Februar 2014, betreffend Anpassung der subventionsberechtigten Einkommenslimiten beim Schülerclub; Begründung

Adrian Stocker, SVP, erklärt, die Stadt Wädenswil verfüge über ein vielfältiges Kinderbetreuungsangebot auf hohem Niveau, so auch der Schülerclub. Der Schülerclub betreue und verpflege die Kinder vom Kindergarten bis in die 6. Klasse ausserhalb des gewohnten Schulunterrichts von 06.45 Uhr bis 18.00 Uhr in verschiedenen Modulen. Zum Teil würden auch während den Schulferien Ferienschülerclub angeboten.

In den Modulen der Tarifordnung gäbe es einen Fixbetrag für das angebotene Essen und einen variablen Betrag für die Betreuung der Kinder. So könne man das vereinfacht zusam-

menfassen. Der Betrag für das Essen sei fix und könne nicht reduziert werden. Hingegen gebe es bei der Betreuung ein abgestuftes Tarifmodell, welches zwischen CHF 120‘000.- bis CHF 30‘000.- linear subventioniert werde. 5% bei einem Einkommen zwischen CHF 110‘000.- bis CHF 120‘000.- und max. 80% bei CHF 30‘000.- bis CHF 35‘000.- steuerbaren Einkommens.

Die Mitglieder der SVP seien der Meinung, dass die Limiten beim Einkommen von CHF 120‘000.- zu hoch angesetzt sei. Deswegen fordern sie eine Senkung auf max. CHF 100‘000.- steuerbares Einkommen, analog den subventionierten Kinderkrippenplätzen der Weisung 13.

Sie seien der Meinung, dass die Eigenverantwortung der Eltern stärker zu gewichten und zu fördern sei, und dass die Subventionen an den Schülerclub den finanzschwächeren Eltern zur Verfügung stehen müssten. Einerseits seien steuerbare Einkommen von CHF 100‘000.- bis CHF 120‘000.- immerhin ein Nettoeinkommen von CHF 120‘000.- bis CHF 140‘000.-. Unter diesen Lohnumständen sollten sich die Eltern eigentlich eine Kinderbetreuung leisten können, wenn sie eine bräuchten. Andererseits verstehe er, dass es für Eltern, welche aus dem Subventionskonzept fielen, hart sei, auch wenn ihre Subvention mit 5-10% nicht wahnsinnig hoch gewesen sei.

Hingegen sei auch jede Subvention der einen, eine Benachteiligung der anderen, nämlich für die Eltern, welche sich die Zeit nehmen und ihre Kinder selber verpflegen und betreuen. Es sei darauf zu achten, dass die Mittagszeiten in den Stundenplänen genügend lange seien. Damit auch kleine Kinder mit kurzen Beinen nach Hause laufen und sich anständig verpflegen können.

Sie hoffen, dass ihre Forderungen eine Mehrheit fände, damit wieder eine einheitliche Subventionsschwelle in der ergänzenden Kinderbetreuung erreicht werden könne. Noch zum Vergleich, man wäre vollkommen bei den Leuten. Denn sogar die Stadt Zürich, welche immer als Vorreiter bei der ergänzenden Kinderbetreuung bezeichnet werde, habe die Subventionen für Mittagstische auf ein max. steuerbares Einkommen von CHF 100’00.- auf den 1. März 2014 gesenkt.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, sagt, sofern das eine Mehrheit des Rats wolle, sei der Stadtrat bereit das Postulat entgegen zu nehmen.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer** stellt die SP-Fraktion einen Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Diskussion eröffnet:

Jonas Erni, SP, erklärt, dass die SP das Begehren ablehnen werde. Denn die angesprochene Kürzung würde – einmal mehr – den Mittelstand betreffen. Denn dieser Mittelstand

werde bereits heute steuerlich relativ hoch belastet und erhalte aber gleichzeitig keine Prämienverbilligungen und sonstige Vergünstigungen mehr. Weiter seien aber auch tiefere Einkommen von einer solchen Kürzung betroffen, da dies linear berechnet werde und alle unteren Abstufungen dann weniger Beiträge erhalten würden.

Der Schülerclub sei breit abgestützt und nehme gleichzeitig eine wichtige Integrationsfunktion wahr. Denn die Durchmischung aller sozialen Schichten – gerade im Schülerclub – sei für die Integration enorm wichtig. Die grosse Teilnehmerzahl zeige, dass das Angebot sehr breit abgestützt und beliebt sei. Ausserdem seien Betreuungskosten auch für Mittelstandsfamilien eine grosse finanzielle monatliche Belastung. Man habe es vorhin von Adrian Stocker gehört, die Ermässigung belaufe sich auf 5%, was nicht sonderlich viel sei.

Es werde dazu kommen, dass Frauen wieder vermehrt zu Hause bleiben und die Kinder selber betreuen, oder die Kinder seien wieder vermehrt in der Freizeit alleine ohne Aufsicht zu Hause.

Mit dem neuen Konzept seien die Tarife übrigens bereits erhöht worden. Bei den Eltern werde diese gerade mal so akzeptiert, eine weitere Erhöhung müsse deshalb als sehr heikel betrachtet werden. Zudem entsprächen diese Tarife den üblichen in der Region.
Werden Betreuungskosten gekürzt, habe dies eine direkte Folge auf die Qualität der Betreuung und diese sei gleichzeitig Prävention und Integration. Alle wissen, dass Interventionen durch Sozialamt, sip oder Polizei um einiges teurer zu stehen kommen würden.

Das Postulat werde einen spürbaren Qualitätsabbau bei der Kinderbetreuung hervorrufen und dies könne nicht im Sinne der Mitte-Parteien sein, welche stets ihre Familienfreundlichkeit betonen. Sie bitten daher, das Postulat abzulehnen.

Adrian Stucki, GP, möchte Jonas Erni Recht geben, jedoch noch etwas Kleines anfügen. Es klinge immer sehr gut, wenn man davon spreche, dass jemand mit einem monatlichen Verdienst von CHF 10‘000.-- keine Subventionen bekommen sollte. Da gebe er Recht, wenn es sich um ein Kind und vielleicht Doppelverdiener handle. Aber es gebe auch Familien, die fünf Kinder und damit auch einen wertvollen Beitrag an die Sozialkosten und die AHV bezahlen. Die Kinder fliessen zwar im steuerbaren Einkommen mit ein, aber jeder wisse, wie viel bzw. wenig man pro Kind an den Steuern abziehen könne.

Beat Wiederkehr, CVP, sagt, dass die Fraktion das Postulat intensiv diskutiert habe. Adrian Stocker habe votiert, dass es eine Forderung sei, die Grenze von CHF 120‘000.- auf CHF 100‘000.- zu reduzieren. Sie empfänden dies aber nicht als Forderung, denn ein Postulat sei als ein Instrument zur Überprüfung eines Sachverhalts zu verstehen. Und genau so würden sie dies auch sehen und seien daher für das Postulat. Sie wollen in den Subventionierungen der ausserfamiliären Betreuung Transparenz schaffen. Es sei tatsächlich nicht einsehbar, warum in einer Krippensubventionierung und im Schülerclub andere Zahlen gelten. Sie wollen Klarheit darüber.

Adrian Stocker, SVP, möchte noch auf das Thema Integration aus dem Votum von Jonas Erni eingehen. Integration habe nichts mit der Subvention zu tun, sie wollen nicht die Abschaffung des Schülerclubs und die Integration findet genau so statt mit oder ohne Subventionen. Weiter habe er ausgeführt, dass dies eine Preiserhöhung sei und somit ein Leistungabbau stattfinden werde. Das sei nicht korrekt, denn die Preise bleiben gleich und durch das müsse auch kein Leistungsabbau befürchtet werden.

Peter Schuppli, FDP, führt aus, dass die FDP-Fraktion für die Überweisung des Postulats sei. Was für die Kinderkrippen Gültigkeit habe, müsse auch beim Schülerclub gelten. Sie würden nicht einsehen, warum hier eine Unterscheidung stattfinden soll.

Jonas Erni, SP, sagt, dass es natürlich eine Preiserhöhung geben werde. Falle ein Betrag weg, welcher sonst der Staat bezahlt habe, müssen die Familien mehr bezahlen. Und mit der Integration habe er gemeint, dass wenn Kinder von allen Einkommensschichten vertreten seien, diese automatisch stattfinden werde.

Stadtrat Schule und Jugend, Johannes Zollinger, möchte erklären, dass es bei der Kinderkrippe um die vorschulische Kinderbetreuung gegangen sei und der Schülerclub sei der neue Namen für den damaligen Kinderhort oder Mittagstisch.

Schlussabstimmung über den Ablehnungsantrag:
Der Rat stimmt der Überweisung vom Postulat der SVP-Fraktion, vom 10. Februar 2014, betreffend Anpassung der subventionsberechtigten Einkommenslimiten beim Schülerclub mehrheitlich zu.

15.00

5. Interpellation von Albert A. Stahel, SD, vom 14. August 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend bürgerfreundliche Kommunikation vom Stadtrat und Behörden; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter, sagt, dass der Rat die Antworten schriftlich erhalten habe. Er möchte noch ein paar Erläuterungen als Ergänzung dazu abgeben.

Grundsätzlich möchte er festhalten – und das dürfe man auch deutsch und deutlich sagen – die Stadt Wädenswil habe freundliche und liebe Mitarbeitende sowie auch nette Stadträte. Die Angestellte seien engagiert, die Zeiten des sogenannten “Beamtenmiefs“ seien schon länger vorbei. Wer letzte Woche den Tag der offenen Tür in der Abteilung Planen und Bauen besucht habe, konnte sich sicher davon überzeugen und sich ein konkretes Bild machen, wie eine solche Verwaltung aussehe.

Natürlich können gewisse Abklärungen länger dauern oder ein Brief vergessen gehen, das gestehe er alles ein. Es könne auch jemand schlecht gelaunt sein, auch das könne vorkommen. Es gebe auch Situationen, worin die Stadt nicht im Sinne des betreffenden Bür-

gers entscheiden würde, und dass dies den einen sauer aufstosse und man danach unzufrieden mit der Kommunikation der Stadt sei, habe er selber auch schon mehrfach erlebt. Dabei gehe es aber meistens um die Sache und nicht um den Mitarbeitenden.

Die Stadt Wädenswil arbeite in diesem Thema mit sogenannten Richtlinien und nicht wie angefragt mit einem Konzept. Diese wurden in der Beantwortung dargelegt. Schriftliche Anfragen müssen innerhalb drei Tagen beantwortet werden, dauere es länger, gebe es eine Eingangsbestätigung. Es gebe einen klaren Auftrag an alle Mitarbeitenden sich darauf zu achten. Klappe dies nicht – was auch schon vorgekommen sei – sei er immer froh um einen Hinweis und man dürfe als Einwohnenden auch nachdoppeln. Das selbe gelte natürlich auch für den Grundsatz der Freundlichkeit der Mitarbeitenden der Verwaltung, es könne wie gesagt vorkommen, dass diejenige Person einen schlechten Tag eingefangen habe und nicht tiptop freundlich sei, was natürlich nicht in Ordnung sei, jedoch auf eine gewisse Art und Weise menschlich. Dann sollte man die Situation genau beschreiben und beide Seite anhören, denn auch er habe dies schon mehr als einmal erlebt, Situationen welche man je nach Seite unterschiedlich erlebt habe und oftmals ein “Aneinandergeraten“ eine Vorgeschichte habe.

Zum Begriff bürgernah: Wie gehe der Stadtrat vor um möglichst bürgernah zu sein? Sie hätten in der Beantwortung Projekte geschildert wie Informationsabende, Work-Shops zum LEK und Sauberei oder Platzda. In die Au werden sie jeden Herbst durch den Quartierverein eingeladen, Fragen werden gestellt und direkt vom Stadtrat vor Ort beantwortet – was gegenseitig sehr geschätzt werde. Oder oft suchen die Einwohnenden Kontakt über E-Mail, Internet oder Facebook. Es stelle sich natürlich die Frage, wie man mit solchen Anfragen umzugehen habe. Ihm passiere es ab und zu, dass er über Facebook eine Bürgeranfrage erhalte – habe dieser auch eine Eingangsbestätigung innerhalb drei Tagen zu Gute? Er wisse auch von den Ratskollegen, dass er mitnichten der Einzige wäre, der auf vielfältige Art und Weise mit Anregungen, Fragen, Ideen und Kritik angegangen werde. Solche Anfragen werden immer sehr ernsthaft behandelt, aber trotzdem sei es schwierig alle Ansprüche zu befriedigen, denn jedes System habe seine Grenzen – auch dieses – wie man anhand des in der Interpellation beschriebenen Beispiels mit dem Tag nach dem Sturm sehen könne. Ein Tag nach so einem Ereignis sei die Abteilung Planen und Bauen einfach am Anschlag. Erwarte man dann eine sofortige Antwort auf die Fragen, sei man sich nicht ganz bewusst, dass bereits viele Leute der Abteilung Planen und Bauen mit den Aufräumarbeiten sehr intensiv beschäftigt seien.

Es gebe Belastungsgrenzen, es könne sein, dass ein Brief untergehe oder jemand einen schlechten Tag habe, aber in der Regel und in den meisten Fällen funktioniere es gut. Wädenswil sei zum Glück immer noch eine relativ überschaubare Gemeinde, wo man auch gut mit den wichtigen Leuten sprechen könne und daher möchten sie an diesem Konzept nichts ändern.

Albert A. Stahel, SD, erklärt, für die ausführliche und detaillierte Beantwortung seiner Frage danke er insbesondere dem Stadtpräsidenten als kompetenter Kommunikationsspezialist. In der ersten Antwort auf seine Frage wurde auf die Beantwortung und die Eingangsbestätigung von Fragen von Einwohnerinnen und Einwohner hingewiesen. Die Eingangsbestäti-

gung solle innert einer nützlichen Frist erfolgen. In der 4. Antwort habe sich der Stadtrat als bürgernahes Gremium bezeichnet.

Was den ersten Fall betreffe, konnte man im Leserbrief von Herrn Toni Hauser in der Zürichsee- Zeitung ersehen, wie lange er auf eine Antwort und eine Eingangsbestätigung warten musste. Da habe es eine Verzögerung gegeben, er wisse nicht warum und möchte daher dies auch nicht vertiefen. Aber hier habe man die nützliche bzw. subjektive Frist nicht eingehalten. Der Leserbrief sei übrigens sehr interessant, da er auf einige Mängel im Gestaltungsplan hingewiesen habe. Übrigens wurde in diesem Fall beinahe eine Symbiose zwischen Politik und Medien erreicht. So wies das Redaktionsteam der Zürichsee-Zeitung den Abdruck eines ersten Leserbriefes von Herrn Hauser ab. Dafür wurde die Antwort des Stadtrats auf seine Interpellation abgedruckt und noch dazu kommentiert.

Ein zweiter Fall sei der Mail-Verkehr zwischen einer Einwohnerin und dem Stadtpräsidenten betreffend Rollerparkplätze am Bahnhof. Er wolle nicht im Detail auf die Notwendigkeit dieser Rollerparkplätze eingehen, aber die Einwohnerin hätte die Bürgernähe des Stadtrats bei der Beantwortung ihrer Anfrage vermisst.

Er meine aber schon, dass die Kommunikation auf Gemeindeeben sehr wichtig sei und er sei Philipp Kutter sehr dankbar, dass er dies so ausführlich kommentiert habe. Es sei etwas woran man wirklich arbeiten müsse, denn es schaffe sehr viel Unzufriedenheit und Kritik aus der Bevölkerung. Denn komischerweise vergesse man solche subjektiven Wahrnehmungen nicht so schnell wieder. Deshalb wünsche er sich für die Zukunft mehr Sachlichkeit und Bürgernähe bei der Beantwortung von Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohnern durch den Stadtrat.

Abstimmung über Diskussion:
Der Rat stimmt mehrheitlich der Diskussion zu.

Walter Münch, FDP, sagt, dass sich der Stadtrat und die Verwaltung die Beantwortung der Interpellation sehr einfach gemacht hätte. Besonders die Antwort auf die Frage 2. Da komme die Frage auf, wie sich der Stadtrat und die Verwaltung sicher sein können, dass diese Richtlinien auch befolgt werden. Wer kontrolliere die Einhaltung? Gebe es eine Kontrolle oder werde es regelmässig überprüft? Und werden weitere Massnahmen im Stadtrat besprochen? Er denke man könne davon ausgehen, dass eine Kontrolle nicht im wirklichen Sinn stattfinden werde. Und auch er möchte gerne zwei, drei Beispiele erwähnen, welche an ihn gelangt seien:

Eine E-Mail an die Abteilung Planen und Bauen vom 15. März 2013 – keine Reaktion.
Am 8. Mai 2013 anlässlich eines persönlichen Gesprächs vor Ort wurde darauf hingewiesen – keine Reaktion. Danach sei am 30. Juni 2013 ein eingeschriebener Brief notwendig geworden, und dann hätte man eine Antwort erhalten.

Anderes Beispiel sei eine Anfrage via Onlinedienst an die Abteilung Werke, am Tag danach sei der Status der Anfrage online auf erledigt gesetzt worden, ohne jemals eine Antwort

erhalten zu haben. Da die Antwort ausgeblieben sei, wurde zwei Wochen später einen Brief an die Abteilung geschickt – auch dieser wurde nicht beantwortet. Am 15. Mai sei auch wiederum ein eingeschriebener Brief geschickt worden, daraufhin habe es telefonisch eine Antwort gegeben, zum Schreiben habe es nicht mehr genügt.

Beispiel Dienststelle Immobilien:
Im September 2012 sei eine Anfrage an die zuständige Person gesandt worden, mit der Bitte um Erledigung. Neun Monate und weitere Telefonate später habe man einsehen müssen, dass wiederum ein eingeschriebenen Brief geschickt werde müsse – es sei aber auch daraufhin nichts passiert. Im August 2013 konnte das Anliegen telefonisch vorgebracht werden und daraufhin habe man eine Eingangsbestätigung erhalten. Im September 2013 – also ein ganzes Jahr nach der ersten Anfrage wurde sie an die Hand genommen und im November 2013 erledigt.

Oder das Beispiel Onlinedienst bezüglich Hallenmieten, nach mehreren Anfragen sei nie eine Antwort gekommen.

Er denke die Einwohnenden hätten ein Anrecht auf eine umgehende und zeitnahe Erledigung der Anfragen. Es wäre eine Überlegung Wert, die Einhaltung der Richtlinien zu überprüfen und ob die Anfragen entsprechend auch beantwortet werden. Denn jede Firma sollte in der heutigen Zeit viel Wert auf die Zufriedenheit der Kunden legen.

Die Interpellation betreffend bürgerfreundliche Kommunikation vom Stadtrat und Behörden gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

04.05

6. Interpellation der GP-Fraktion, vom 5. März 2014, betreffend Umnutzung des Aucenter-Areals; Begründung

Simon Kägi, GP, sagt, dass er in den nächsten Minuten dem Rat ihr Anliegen näher bringen und den Inhalt der Interpellation schmackhaft machen möchte. Persönlich habe er seine Lehre als Mitglied der letzten vier Jahre aus der Raumplanungskommission gezogen nämlich, dass es bei einem bestehenden Gestaltungsplan schwer sei, im Nachhinein noch irgendwas daran ändern zu können.

Bei dieser Interpellation gehe es nun um das ehemalige Alcatel-Areal. Die Industriezone Aucenter sollte aufgrund mangelnder Anfragen an die Renovierungsflächen neu umgestaltet werden. Was auch durchaus Sinn mache, da man zum heutigen Zeitpunkt auf diesem Areal gar nicht mehr arbeiten dürfe. Die Zone solle jetzt nun mit einem Gestaltungsplan umgewandelt werden und soviel er wisse, gebe es diesen Gestaltungsplan noch nicht, was natürlich einen Spielraum ermöglicht, um diesen mitzuprägen.

Es gehe darum, dass die Firma Intershop – gemäss eigener Homepage absolut gewinnorientiert – auf dem 240‘000 m^2 grossen Areal – eine Überbauung realisieren wolle. Und zwar zu 1/3 im Dienstleistungssektor – dort sei der Wunsch oder die Hoffnung des Stadtrats auf die neue Mittelschule vom Kanton – und die restlichen 2/3 für Wohnraum, was rund

300 Wohnungen entspreche. So viel er wisse seien alle Parteien und Fraktionen von der Intershop dazu eingeladen worden, die schönen Modelle zu bestaunen. Die Firma hätte dies sehr gut gemacht und aufgezeigt, wie sich die fast 8 stöckigen Häusern in das Landschaftsgebilde der Au einpassen würden. Die hohe Anzahl der Neubauwohnungen sowie die nahezu Verdoppelung der Ausnützungsziffer – man spreche von 130% (heute ca. 70%) sei natürlich ein enormer Gewinn für den Investor.

Es sei immer dasselbe, die Gewinne werden privatisiert, die Kosten sozialisiert und der Mehrwert werde nicht abgeschöpft. Man könne es auch damit begründen, wie schon so oft, dass es ja evtl. eine Mittelschule geben werde. In der Diskussion betreffend Reidbach hätten das die Mitglieder der Raumplanungskommission sehr oft gehört.

In unmittelbarer Nähe des Aucenter-Areals seien in der Au Duzende von Wohnungen gebaut worden – 200. In der von Philipp Kutter vorher angesprochenen Fragerunde in der Au sei gefragt worden, wohin denn mit all den Kindern aus diesen neuen Überbauungen. Die Anzahl der Kindergartenkinder bis zu den Oberstufenschüler werde weiterhin steigen und nun sollten nochmals 300 Wohnungen mehr in der Au entstehen? Bei diesem Projekt dürfe man keinesfalls wieder so blind sein und meinen, dass es in den neuen 300 Wohnungen keine schulpflichtigen Kinder geben werde.

Sie wollen daher vom Stadtrat wissen, wie er darauf komme von 70% Ausnützungsziffer plötzlich 130% zu machen? Sie wollen wissen, ob es bereits heute möglich wäre und der Stadtrat bereit wäre, dass 1/3 der Wohnungen im preisgünstigen Segment gebaut werde. Preisgünstig für die Grünen sei eine 4-Zimmerwohnung für CHF 2000.-. Ob man dies dann mit einer Genossenschaft lösen wolle, sei dann egal. Jetzt sei der Zeitpunkt solche Punkte in den Gestaltungsplan miteinfliessen zu lassen.

Im heutigen Zentrum gebe es eine Kindertagesstätte – Kidies-Care. Sie werde mit der Umzonung aber abgerissen und es werde von ihrer Seite her ein Ersatzbau gefordert. Wenn soziale Institutionen abgerissen werden, müssen diese am selben Ort wieder entstehen können. Sie wollen vom Stadtrat wissen, ob es ein realistisches Kinder-Szenario für die 300 Wohnungen gebe? Und ob die Infrastrukturkosten, welche auf Wädenswil zukommen werden, sich die Waage mit den neuen Steuereinnahmen halte? Vor allem auch die Steuereinnahme, wenn Wädenswil den Zuschlag zur Mittelschule erhalte, welche ja steuerbefreit sei?

Und zum Schluss möchten sie ihr Augenmerk auf das Energiestadt Label Gold legen, welches die Stadt 2018 erreichen wolle – was aber alleine sicher nicht funktioniere. Man könnte die Dächer für Solaranlagen vermieten und auch Private verpflichten, die Ziele die man als Gesellschaft habe, mitzutragen und daran mitzuarbeiten. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, die Forderung von Minergielabel oder die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. Es gebe genügend gute Beispiele und der Stadtrat kenne dies auch aus anderen Gemeinden.

Die Interpellation betreffend Umnutzung des Aucenter-Areals geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

06.03.01

7. Einbürgerungen:

NGUYEN PHUC Dan Thanh, geb. 26. Januar 1974 in Di Linh (Vietnam), ledig, vietnamesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Glärnischstrasse 8

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1‘500.--
Referent im Gemeinderat	Jürg Wuhrmann

KRIVAÇA geb. Fetinci, Luljeta, geb. 10. November 1982 in Prishtinë (Kosovo, mit ihrem Ehemann **Agron**, geb. 6. April 1982 in Gjilan (Kosovo) und den Kindern **Art**, geb. 25. März 2010 in Horgen ZH und **Tara**, geb. 29. Mai 2013 in Richterswil ZH, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Holzmoosrütistrasse 14

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1‘500.--
Referent im Gemeinderat	Thomas Rom

MONTUORI Domenico, geb. 15. Januar 1962 in Piedimonte Matese (Italien), mit seiner Ehefrau **Donatella geb. Martorelli**, geb. 21. August 1964 in Sezze (Italien), italienische Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Stoffelweg 8

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1‘500.--
Referent im Gemeinderat	Albert A. Stahel

ROŠKOVIC Slavoljub, geb. 17. August 1972 in Bigrenica (Serbien), mit seiner Ehefrau **Lela geb. Martinovic**, geb. 11. November 1975 in Cuprija (Serbien) und den Kindern **Dijana**, geb. 12. Juni 1997 in Kilchberg ZH und **Melinda**, geb. 5. November 1998 in Kilchberg ZH, serbische Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Holzmoosrütistrasse 44

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1‘500.--
Referent im Gemeinderat	Jürg Wuhrmann

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Sie bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen.

***

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer keine Einwände erhoben.

***

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer möchte an ihrer letzten Sitzung auf dem Bock als Ratspräsidentin die Gelegenheit nutzen um sich als Präsidentin vom Rat zu verabschieden. Das Präsidium sei ein Amt, welches man nur einmal in seinem Leben inne habe und darum sei es ein bleibendes Erlebnis. Sie möchte sich bei allen bedanken, welche sie in ihrer Arbeit unterstützt hätten – das sei der gesamte Gemeinderat aber auch speziell das Büro, die Ratsseekretärin, Simona Truttmann und natürlich Hanspeter Andreoli, der jederzeit und immer als Stimmenzähler eingesprungen sei.

Sie danke auch allen Wädenswilern und Wädenswilerinnen, welche sie an Veranstaltungen und Anlässe eingeladen haben, jede einzelne Einladung habe sie gefreut und habe sie gerne wahrgenommen. Es sei immer toll gewesen, Wädenswil somit noch besser kennenzulernen.

Auch in der Politik sei es so, dass die Arbeit nur so schön sei, wenn auch das Zwischenmenschliche stimme und das könne sie für das vergangene Jahr wirklich sagen. Die nächste Gemeinderatssitzung findet erst nach den Erneuerungswahlen statt, Heinz Wiher sei der einzige Gemeinderat, der nicht mehr zu den Wahlen antreten werde und vielleicht sehe man sich in der genau gleichen Formation wieder. Sie wünsche allen im Rat viel Erfolg bei den Wahlen und egal was man mache, sei es Politik, Familie, Freizeit und Beruf, viel Freude und gute Gesundheit.

Ihrem Nachfolger wünsche sie viel Erfolg und Freude im Amt.

Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv.